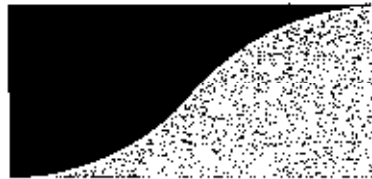


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pabn d



Inhalt

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, sieht im Ergebnis des Vermittlungsausschusses einen bis zum äußersten ausgereizten Kompromiß: Die Union ist eingebunden. Seite 1

Helmut Frenz, ai-Generalsekretär, fürchtet, daß es auch dem Westen nur noch um Sicherheitspolitik geht: Mehr Sicherheit - weniger Menschenrechte?

Seite 3

Nils Diederich MdB beklagt, daß die Union in der Deutschlandpolitik ohne konstruktive Beiträge ist: Eklatanter Mangel an Einsicht. Seite 5

Dokumentation

Stane Dolanc vor der Friedrich-Ebert-Stiftung: Jugoslawien nach Tito (Teil I) Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 236

12. Dezember 1981

Bis zum Äußersten angereizter Kompromiß

Die Union ist in das Vermittlungsergebnis eingebunden

Von Dr. Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Operation '82 ist noch nicht ganz abgeschlossen. Insbesondere in den Details ist noch einige Arbeit zu leisten. Aber das Kompromißpaket, so wie es nach tage- und nachte- langen Beratungen aus dem Vermittlungsausschuß herausgekom- men ist, liegt jetzt für jedermann zur Sichtung und Gewich- tung auf dem Tisch. Dabei ist unschwer zu erkennen, daß es kaum taugt, um Sieg oder Niederlage daran festzumachen. Es handelt sich um einen bis zum Äußersten ausgereizten Kompro- miß, der im überaus komplizierten und deshalb für die öf- fentlichkeit auch nur schwer überschaubaren Zusammenspiel verschiedenster Verfassungsorgane zustandekam.

Einige Feststellungen sind jedoch notwendig:

Erstens: Die SPD gaukelt niemandem etwas vor. Wir hätten gern wesentlich mehr sozialdemokratisches Gedankengut in dem Paket untergebracht, als es nun gelungen ist. Wir haben sehr bittere Eingriffe, insbesondere im sozialen Bereich, mitzu- vertreten. Das tun wir auch. Wir haben aber auch sehr viel Größeres verhindert, beispielsweise die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes oder des Schüler-BaföG.



Daraus ergibt sich zweitens: In diesem Haushaltspaket steckt kein "neuer Anfang". Es handelt sich um den sehr ernsthaften und nüchternen Versuch, den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und zugleich den finanziellen Möglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden mit einem verantwortbaren Etat '82 Rechnung zu tragen.

Drittens: Die CDU/CSU-geführten Länder haben zwar die ihnen über den Bundesrat gegebenen Machtmittel voll in die Waagschale geworfen, aber dies in einem in sich sehr widersprüchlichen Verhalten getan. Es ist ganz deutlich geworden, daß sich in der Union die veredelte Sonthofen-Strategie und individuelle Nachfolgerangelegenheiten kombiniert mit diskutierbaren Denkansätzen gegenseitig in die Quere kommen und sachliche Lösungen erschweren.

Das führt viertens zu der Feststellung, daß der Machtanspruch der Union nicht mit einem ebenbürtigen politischen Anspruch korrespondiert. Deutlicher: Die Partei, die landauf/landab geradezu eine Sparwut verbreitet hat, hat in Wahrheit keine ernstzunehmende Vorschläge für zusätzliche Sparmaßnahmen anzubieten. Die Forderung beispielsweise nach einer fünfprozentigen Kürzung öffentlicher Leistungen hat sich als eine Propagandahülse entpuppt. Dem ist es übrigens zuzuschreiben, daß der Bundesfinanzminister und der Bundestag jetzt über zusätzliche Deckungsmöglichkeiten nachdenken müssen. Daran mögen sich die Bürger erinnern, wenn demnächst wieder eine öffentliche Verschuldung beklagt wird.

Fünftens und letztens hat sich im Laufe der Verhandlungen die Tendenz der Union bestätigt, Sparmaßnahmen im Ernstfall im Geldbeutel der kleinen Leute stattfinden und die Großen möglichst ungeschoren zu lassen. Um es mit zwei Beispielen zu belegen: Die CDU/CSU bringt es fertig, sich gewissermaßen in einem Atemzug für die steuerliche Vorzugsbehandlung bei der Anschaffung von Betriebs-Pkw und für drastische Kürzungen der Sozialhilfe stark zu machen. Die "neue soziale Frage" der Union ist in der Realität endgültig zu einer bösen Karikatur verkümmert.

Trotz und alledem: Die Operation '82 von SPD und FDP steht jetzt vor ihrem Abschluß. In das Ergebnis sind alle eingebunden, auch die CDU/CSU. Dies wird es der Opposition für die Zukunft schwer machen, die seit über einem Jahr betriebene Schwarzmalerei über den Zustand der Republik fortzusetzen. Wer A sagt, muß auch B sagen. Wir sind auf eine künftig hoffentlich konstruktive Opposition gespannt und: Wir werden sie konkret einfordern.

(-/10.12.1981/ks/ca)

+ + +



Mehr Sicherheit - weniger Menschenrechte

Geht es auch dem Westen nur noch um Sicherheitspolitik?

Von Helmut Frenz

Generalsekretär von amnesty international - Sektion Bundesrepublik Deutschland

Bisher waren es im wesentlichen die Diktatoren dieser Welt, die es für sich beanspruchten, die Menschenrechte ganz oder teilweise außer Kraft setzen zu können - mit dem Hinweis, daß die "nationale Sicherheit" es erforderlich mache, individuelle Rechte zugunsten der Nation einzuschränken oder aufzuheben. Diese "Ideologie der nationalen Sicherheit" soll den Fortbestand der Militärdiktatoren fast überall in der Welt rechtfertigen. Das hat in Lateinamerika angefangen (Brasilien, Argentinien, Bolivien, Uruguay, Chile, Guatemala, El Salvador etc.), es findet seine Fortsetzung in einigen asiatischen (Pakistan, Taiwan, Philippinen, Südkorea etc.) und afrikanischen Ländern (Zaire, Benin, Liberia, Malawi, Mali und so weiter), um jetzt gewissermaßen auch in den eigenen Reihen salonfähig zu werden, indem die türkischen Militärmächthaber von uns finanziert werden. Diese Ideologie der nationalen Sicherheit läßt sich zusammenfassend so beschreiben: "Die Nation ist heute nicht so sehr von außen bedroht, sondern von innen, indem der Feind sich in den eigenen Reihen eingenistet hat. Es ist die politische und ideologische Opposition im eigenen Lande. Die herkömmliche parlamentarische Demokratie ist nicht fähig, diesen internen Krieg zu meistern. Dieser kann nur von den Streitkräften geführt werden. Dies bedeutet notwendigerweise die Einrichtung einer "neuen Demokratie" oder - in der seltsamen Wortschöpfung Pinochets ausgedrückt - einer "autoritären Demokratie", welche die Fehler des altmodischen Demokratie-Typs nicht zulassen wird. Auf diese Weise soll dem Kommunismus jeglicher Freiraum verwehrt werden. Entsprechend werden den Völkern neue "autoritäre Verfassungen" verpaßt, die den Willen der militärischen Elite und nicht den Willen des Volkes widerspiegeln, weil sich im Volk ja der Feind versteckt hält. Das Prinzip der Gewaltenteilung - nämlich Gesetzgebung, Regierung und Gerichtswesen - wird aufgegeben. An ihre Stelle treten ein nationaler Sicherheitsrat und die Sicherheitspolizei."

Das Ergebnis: Elend, Unterdrückung, Terror, Folter, Verschleppung und Exil.

Zwar ist es hinreichend bekannt, daß diese "Ideologie der nationalen Sicherheit" zunächst von den Franzosen im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg erfunden, dann vom Pentagon weiter entwickelt worden ist, von wo aus sie durch die militärische Ausbildung ganzer Offiziersgenerationen aus Ländern der Dritten Welt in alle Himmelsrichtungen verbreitet worden ist; aber als offizielle Rechtfertigung zu angeblich geradezu notwendigen Menschenrechtsverletzungen ist diese Ideologie vom westlichen Bündnis bislang nicht herangezogen worden.

Spätestens mit Reagan hat sich hier ein entscheidender Wandel vollzogen. Wurden in früheren Jahren Sicherheit und Menschenrechte nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gleichrangig nebeneinander behandelt oder gar den Menschenrechten der Vorrang eingeräumt vor der Sicherheit, so hat sich dieses heute in der offiziellen US-Politik eindeutig zugunsten der Sicherheit verändert. Sicherheit vor Menschenrechten, so lautet die Parole unter uns. Ganz unverblümt hat es mehrfach Präsident Reagan ausgesprochen, wenn er seinem Vorgänger Carter vorgeworfen hat, daß seine Menschenrechtspolitik auf Kosten der nationalen Sicherheit des westlichen Bündnisses gegangen sei. Sichtbaren Ausdruck findet diese neue Politik des "mehr Sicherheit - weniger Menschenrechte" in der Ernennung der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick. Sie hat erst kürzlich eine Informationsreise durch verschiedene lateinamerikanische Länder gemacht. Bei ihren Besuchen in Argentinien, Uruguay und Chile zollte sie den dortigen Militärmächthabern ihren Respekt für die Leistungen im Kampf gegen den internationalen



Marxismus. Es ist dann nur folgerichtig, daß das Waffen-Embargo gegen Uruguay aufgehoben werden soll, daß massive militärische Hilfe dem Militär-Regime in El Salvador zugesichert wird. Die Frage nach den Menschenrechten wird in diesem Zusammenhang nicht einmal mehr gestellt. Es geht nur noch um Sicherheitspolitik.

Ähnlich verhält es sich in unseren eigenen Reihen. Die Türkei erhält aus Sicherheitsgründen massive Finanz- und Militärhilfe aus der Nato-Ländern. Ungeachtet der Tatsache, daß die Menschenrechte dort tagtäglich mit den Füßen getreten werden. Aus Gründen der Sicherheit - auch unserer Sicherheit? - sind in der Türkei über 100.000 Menschen verhaftet worden; mindestens zehn Personen sind in den staatlichen Folterkammern ermordet worden; über 80 Personen ist die Todesstrafe verhängt worden, und für mehr als 800 Personen ist die Todesstrafe bereits beantragt worden. Die Zahl der Folteropfer kann nicht gezählt werden, da die Machthaber ihren Folterknechten 90 Tage zur Verfügung gestellt hatten, bevor ein Verhafteter einem Richter vorgeführt werden mußte (Diese Frist wurde jetzt auf 45 Tage reduziert).

Noch ein Beispiel aus unserem eigenen Haus dafür, daß die Parole "Mehr Sicherheit - weniger Menschenrechte" auch in der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben werden kann: amnesty international hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die langanhaltende Isolationshaft, wie sie bei bestimmten Gefangenengruppen über Jahre hindurch praktiziert wird, eine Verletzung der Menschenrechte darstellt und als grausame, erniedrigende und unmenschliche Behandlung und Bestrafung betrachtet werden kann. Die Verantwortlichen stellen diese Kritik kaum in Frage, versuchen aber, die Isolations-Maßnahmen zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf die notwendige Sicherheit für die deutsche Bevölkerung. Diese Argumentation darf von uns nicht hingenommen werden. Die Parole "Mehr Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte" ist der Anfang vom Ende der Demokratie. Laßt uns den Anfängen wehren! Ohne Respekt vor den Menschenrechten keine Sicherheit.
(-/10.12.1981/vo-he/ca)

+ + +



Eklatanter Mangel an Einsicht

Union in der Deutschlandpolitik ohne konstruktive Beiträge

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß
für innerdeutsche Beziehungen

Die CDU/CSU wolle, so ihre Sprecher, im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalsekretär Erich Honecker keine Hürden errichten. Der Opposition das abzunehmen, fällt uns zunehmend schwer.

Zahlreiche Verlautbarungen der Opposition der letzten Tage zeigen, daß ganz bewußt propagandistisch Barrieren übersteigter Erwartungen aufgebaut werden sollen; das Ziel ist klar: Nachher soll auf dieser Grundlage das Ergebnis des Treffens abgewertet werden.

Wir Sozialdemokraten hatten angenommen, die Opposition sei endlich runter von der Politik der Sanktionskataloge, der Stufenpläne und der unabdingbaren Verknüpfungen - mindestens seit der Debatte zur umfassenden Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik.

Die Perspektivlosigkeit der Politik der Union läßt sich an verschiedenen Äußerungen ablesen, ob es sich nun um die Äußerungen des CDU/CSU-Abgeordneten Graf Stauffenberg handelt, der in seinem Denken über die 50er Jahre nicht hinausgekommen ist, oder um den deutschlandpolitischen Sprecher der Union, Peter Lorenz, der versucht, den Anschluß an die sozial-liberale Deutschlandpolitik zu finden. Immer werden Fallstricke gespannt, in denen, so hofft man, der Kanzler sich verfangen würde. Die Gespräche seien "nicht ein Wert an sich" und man wolle ihr Ergebnis nicht am politischen Effekt messen lassen, sondern erwarte praktische Ergebnisse.

Diese Argumentation offenbart einen eklatanten Mangel an Einsicht an die reale Lage in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Der Bundeskanzler wird, da kann die Opposition beruhigt sein, sicher den richtigen politischen Gesamtzusammenhang herstellen. Gerade die Klarstellung, daß es gemeinsame politische Interessen gibt, über die die beiden politischen Führer sprechen können und in denen beide Staaten Berührungspunkte haben, eröffnet die Chance für längerfristig angelegte Kontakte; die aus der Einmaligkeit spektakulärer Treffen hinausführt zu Gesprächen, die der Erarbeitung gemeinsamer Lösungen dienen. Politik, zumal zwischen Staaten, erfordert Einsicht in Strukturen und Interessenlagen des jeweiligen Partners und den Versuch, im Gespräch Zusammenhänge, Verbindungen, wechselseitigen Austausch und gegenseitigen Vorteil zu suchen und im Rahmen geknüpfter Strukturen Kompromisse herzustellen. Wer aber mit Vorbedingungen - "erst muß der Zwangsaustausch weg, dann können wir weiterreden" - antritt, der kann nicht erwarten, daß daraus ein Prozeß zum gegenseitigen Vorteil - hier konkret: Zum Wohle aller Deutschen - wird.

Die bevorstehenden Gespräche sind weder Verhandlungen noch Expertenrunden. In der gegenwärtigen Situation geht es darum, ohne Vorbedingungen alle Interessen und Anliegen offen, schonungslos und konsequent zur Sprache zu bringen. Ferner geht es darum, einen Modus zu finden, wie die Vielfalt der Wünsche gegeneinander abgewogen und auf die Ebene der Machbarkeit gehoben werden können. Dies alles muß unter dem Dach der gemeinsamen Verantwortung dafür geschehen, daß von deutschem Boden nie wieder eine Gefährdung der Sicherheit Europas ausgehen darf.

Erst wenn ein Klima hergestellt ist, daß die Fortsetzung der Gespräche im Sinne regelmäßiger Arbeitsbesprechungen und die Vervielfältigung der Kontakte auf verschiedenen Ebenen möglich macht, wird man an die konkrete Arbeit gehen können.

Natürlich wird es niemand für ausgeschlossen halten, wenn im Verlauf der Gespräche beide Seiten Zeichen des guten Willens setzen. Dies wird langfristige Abkommen auf den Gebieten wirtschaftlicher und industrieller Kooperation und in anderen Bereichen sicher leichter möglich machen.

Der von Herrn Lorenz formulierte Katalog an Vorbedingungen, die er "Grundsätze" nennt, ist dazu wenig hilfreich. Die Opposition bleibt weiterhin den Nachweis schuldig, daß sie in der Lage ist, in der Deutschlandpolitik konstruktive Beiträge zu leisten.

(-/10.12.1981/Ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



DOKUMENTATION

In einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Stane Dolanc, Mitglied des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Anfang der Woche die Situation seines Landes nach dem Tod des Staatsgründers Tito dargelegt. Wir dokumentieren das Referat in mehreren Teilen. (Teil I)

Jugoslawien nach Tito

Die Geschichte, insbesondere die Geschichte unserer Zeit, hat des öfteren bestätigt, daß nach dem Tod von großen Persönlichkeiten, von Persönlichkeiten, die zu Recht historisch genannt werden - historisch, weil sie gleichzeitig Produkt und Schöpfer der Geschichte waren - in den Gesellschaften, in denen solche Persönlichkeiten wirkten, nicht nur eine bestimmte Leere entsteht, sondern auch zahlreiche politische, ideelle und überhaupt soziale Probleme, Wirren, Überprüfungen und Erschütterungen. Und, in Zusammenhang damit, eine so oder so gestaltete Veränderung der Politik, die diese großen Persönlichkeiten geführt haben.

Der Tod des Genossen Tito, der mehr als vierzig Jahre lang im besten Sinne des Wortes die jugoslawischen Kommunisten, die Arbeiterklasse, die Völker und Nationalitäten Jugoslawiens auf den Wegen der sozialistischen Revolution angeführt hat, mußte selbstverständlich in unserer Gesellschaft eine bestimmte Leere verursachen. Der Verlust einer Persönlichkeit, die das Gefühl der Sicherheit innerhalb der an so vielen gewaltigen Problemen trächtigen nationalen und weltweiten Entwicklungen bedeutete und ausstrahlte, des Vertrauens zu den eigenen Kräften, eine Persönlichkeit, die für uns Jugoslawen, den Angehörigen aller unserer Völker und Nationalitäten, ein bedeutsamer Faktor der gesellschaftlichen Kohäsion und Integration war, war nicht leicht.

Diese Leere und dieser Verlust sind um so größer, als wir fast gleichzeitig auch Edvard Kardelj verloren haben, den langjährigen nächsten Mitarbeiter Titos, dessen glänzender und durchdringender Gedanke eines großen sozialistischen Theoretikers in alle wesentliche Beschlüsse unserer Partei miteingewebt ist. Sowohl durch seine wissenschaftlichen Arbeiten, als auch durch seine praktische Tätigkeit leistete Kardelj einen gewichtigen Beitrag für den Ausbau des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung und, in Zusammenhang damit, dem Ausbau des Bundes der Kommunisten, und auch für die Politik der Nichtpaktgebundenheit.

Doch Tito war eine große Persönlichkeit, gerade weil seine Initiativen und Innovationen weder voluntaristische Konstruktionen, noch pragmatische, realpolitische Kompromisse waren, sondern immer ein durchdachter Ausdruck der Unbefriedigtheit mit dem bereits Erreichten und zu gleicher Zeit auch Ausdruck der objektiven progressiven Möglichkeiten und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung im gegebenen Zeitraum.

Heute müssen solche historischen Initiativen und Innovationen kollektive Taten des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens sein und das werden sie auch. Das ist auch der tiefste historische Sinn der Existenz des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

Um dies in vollem Ausmaß zu erreichen, sind vor allem zwei Voraussetzungen notwendig:

- a/ noch weiter, gründlicher, breiter und organisierter das intellektuelle Potential des Bundes der Kommunisten und der gesamten gesellschaftlichen Gemeinschaft zu entwickeln und
- b/ noch weiter und konsequenter die demokratische Praxis und Beziehungen zu entwickeln, um konstruktive, kritische Gedanken über die weitere Entwicklung und, in diesem Zusammenhang, entsprechende Initiativen und Innovationen zu ermöglichen und - was von entscheidender Bedeutung ist - zu sichern, daß die besseren Initiativen und Alternativen angenommen werden.



Die Leere, die in Jugoslawien durch den Tod Titos entstanden ist, hat jedoch nicht, wie in analogen historischen Situationen, zu sozialen Wirren und Erschütterungen geführt, noch auch nur die mindeste Veränderung des grundlegenden politischen Kurses verursacht. Wir können sogar sagen, daß sich Titos Größe im Fortbestand seines Lebenswerkes erweisen wird, des sozialistischen, auf Selbstverwaltung beruhenden, nichtpaktgebundenen Jugoslawien.

Wir sagen auch, daß es keinerlei Nach-Tito-Periode gibt, sondern eine durch das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens ausgedrückte Linie, eine Politik des Bundes der Kommunisten also, die Tito und Kardelj gemeinsam mit dem Zentralkomitee und dem Bund der Kommunisten geschaffen haben.

Am kürzesten gesagt ist an diesem Werk, das weiter lebt und sich weiter entwickelt, folgendes das Wesentlichste:

1. Die sozialistische Selbstverwaltung in Jugoslawien ist ein gesellschaftliches Gesamtsystem geworden, das im Verlauf der drei Jahrzehnte seiner Existenz schwere Proben bestanden hat. Der Prozeß der wesentlichen Umwandlung zur Selbstverwaltung wickelt sich bei uns auf allen Gebieten des gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Lebens ab. Das wichtigste Kennzeichen des jetzigen Augenblicks sind die Schwierigkeiten des begonnenen historisch qualitativen Überganges aus einem gesellschaftlichen Zustand, in der die dominierende Rolle noch immer der Staat spielt, in einen Zustand, in dem die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und den werktätigen Menschen, oder, wie wir es zu sagen pflegen, der auf Selbstverwaltung beruhenden assoziierten Arbeit zuzufallen hat. Wir sind einer Reihe von Problemen gegenübergestellt, den Überbleibseln des Alten und dem Widerstand dem Neuen gegenüber, gewissen Deformationen in der praktischen Anwendung der Prinzipien, durch die wir uns führen lassen und einer Reihe von Widersprüchen, unter denen der wesentlichste ist - was sowohl die theoretische Argumentation, als auch zahlreiche Erfahrungen aus der Praxis bestätigen -, daß der Staat, so bedeutsam er auch für den Schutz der grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse sein mag, der Schöpfer jener gesellschaftlichen Beziehungen weder ist noch sein kann, die die tatsächliche Befreiung der Arbeiterklasse und des Menschen überhaupt von allen Formen der Domination und Usurpation etatistischer, bürokratischer und anderer Herkunft und Charakters affirmieren. Das kann er nicht sein, sondern das können nur die Arbeiterklasse und alle werktätigen Menschen sein, die durch ihr Befreiungsbestreben, ihr Bewußtsein, ihren Einsatz und den Anstrengungen ihre gesellschaftliche Wirklichkeit auf neuen Grundlagen aufbauen werden.

Die Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung ist gleichzeitig auch ein Prozeß des Absterbens des Staates, was bekanntlich die Klassiker des Marxismus für einen der wesentlichsten Prozesse der Übergangszeit gehalten haben. Die Zukunft gehört weder dem Staat, noch der Partei, sondern den freien Verbänden der assoziierten Produzenten, einer Gesellschaft, in der der Mensch, als freier Schöpfer, der Natur gegenübergestellt ist und, immer tiefer ihre Gesetzmäßigkeiten erforschend, sie immer mehr sich und seiner freien zweckmäßigen Tätigkeit untertan macht; in der seine eigene gesellschaftliche Beziehungen immer mehr zu seinem eigenen freien Werk werden, die objektiven Mächte aber, die bis dahin die Geschichte beherrschten, unter die Kontrolle des Menschen geraten; in dem, wie Engels schrieb, "die Menschen selbst und vollkommen bewußt die Geschichte schaffen" und "die gesellschaftlichen Ursachen, die sie in Bewegung setzten, überwiegend und in einem immer größeren Ausmaß diejenigen Folgen haben werden, die sie wünschen."

Für uns war der wesentliche Sinn des Sozialismus immer der Mensch, sein Leben und sein Glück. "Das Glück kann", wie Edvard Kardelj hervorhob, "weder der Staat, noch ein System, noch eine politische Partei für den Menschen bringen. Glück kann der Mensch nur für sich selbst schaffen. Die Kräfte der Avantgarde des Sozialismus und die sozialistische Gesellschaft können demzufolge nur ein Ziel haben, immer auf Grund der Möglichkeiten des gegebenen historischen Augenblicks die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Mensch um so freier in seinem persönlichen Ausdruck und seiner Tätigkeit ist, so daß er - auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel - frei für sein Glück arbeiten und schöpferisch sein kann. Das ist die Selbstverwaltung."



2. Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß die Selbstverwaltung eine neue, sozialistische Demokratie entwickelt. Wir sind überzeugt davon, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, aber auch keine echte Demokratie ohne Sozialismus. Es ist unbestritten, daß der Sozialismus die progressivsten Errungenschaften des jahrhundertelangen Kampfes der Volksmassen für demokratische Beziehungen und Institutionen übernimmt. Der Sozialismus muß aber, unserer Meinung nach, wenn es um die Demokratie geht, weitergehen. Er muß eine Demokratie entwickeln, deren Sinn in der breitesten wirtschaftlichen politischen, kulturellen, mit einem Worte, gesellschaftlichen Tätigkeit und Initiative der werktätigen Menschen liegt, eine Tätigkeit, durch die sie Menschen unmittelbar über ihre Arbeitsbedingungen, Arbeitsmittel und Ergebnisse ihrer Arbeit, über ihre individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse, über die allgemeinen gesellschaftlichen Belange, von der Schule und dem Krankenhaus bis zum Militär, ihre Beschlüsse fassen.

Das ist eine große, vielleicht die größte humanistische Idee der bisherigen (Vor-)Geschichte, die erst durch den Sozialismus sich als Beginn der wahrhaftigen menschlichen Geschichte zu realisieren anfängt. Die sozialistische Demokratie muß ein solches System von Institutionen errichten, das die Verwirklichung dieser Idee ermöglicht. Die Selbstverwaltung ist, unserer Meinung nach, auch die grundlegende Tätigkeit für die Verwirklichung dieser großen Ideen, aber auch die wichtigste institutionelle Form, durch die sie sich verwirklicht.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß durch eine solche strategische Entscheidung alle Probleme in voraus hinein gelöst sind, es bedeutet nicht einmal, daß alle Entwicklungsprobleme in voraus hinein erblickt und daß die entsprechenden konkreten Lösungen gefunden worden sind. Eine der fundamentalen Erfahrungen, die wir in den letzten fünfunddreißig Jahren gemacht haben, ist die Tatsache, daß der Aufbau des Sozialismus ein langwieriger revolutionärer Prozeß ist. Das ist keine Phrase, sondern die Wahrheit, die sich unausgesetzt bestätigt.

Zweitens, der Aufbau des Sozialismus durch den Prozeß der sozialistischen Revolution hat keine harmonische Gesellschaft zum Ergebnis, sondern eine Gesellschaft mit realen gesellschaftlichen Widersprüchen, die nicht nur eine Hinterlassenschaft des Alten sind, sondern auch in dem unaufhörlichen Kampf für das Neue geboren werden. Sie sind nicht nur objektiver Natur, sondern unter ihnen verstehen sich verschiedene, manchmal auch widersprüchliche gesellschaftliche in erster Reihe wirtschaftliche Positionen der sozialen Schichten, und dadurch auch Verschiedenheiten und Widersprüche zwischen den Interessen, den Bestrebungen und dem Bewußtsein überhaupt.

Bei uns in Jugoslawien kommt das besonders durch die Tatsache zum Ausdruck, daß wir ein Land mit mehreren Nationen sind, mit einem verschiedenen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Republiken und Gebieten, die aber alle von einem starken Bestreben gekennzeichnet sind, sich zu entwickeln; besser zu leben, oft auch ohne Rücksicht auf die realen Möglichkeiten. Auf Grund dieses Bestrebens, das ein Ausdruck des Pluralismus verschiedener Interessen ist, entspringen viele wirtschaftliche Probleme, die je nach der politischen Situation auch einen politischen Inhalt bekommen können, ja sogar zu Ursachen für verschiedene nationalistische Tendenzen werden. Das muß sich in einer demokratischen Gesellschaft, wie es die unsere ist, artikulieren und im politischen Leben zum Ausdruck kommen.

Viele dieser Unterschiede und Widersprüche sind solche, die der Sozialismus naturgemäß unvermeidlich mit Rücksicht auf die historisch noch notwendige Arbeitsteilung, Warenproduktion, den Staat und ähnliches mit sich bringt. Diese verschiedenen Interes-



sen werden bei uns innerhalb der assoziierten Arbeit und des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung harmonisiert und zur Gemeinsamkeit gebracht. Diese Harmonisierung durch, wie wir es sagen, gesellschaftliche Absprachen und auf Selbstverwaltung beruhende Abkommen ist weder leicht, noch schnell zu schaffen. Jedoch sind die Ergebnisse, die durch den Konsens aller Subjekte unserer Gesellschaft erzielt werden, stabil und langfristig, zum Unterschied zu solchen, die früher auf Beschluß des Staates oder der Partei oder anderer etatistischen Strukturen entstanden. Es ist klar, daß sich auf Grund dieser Widersprüche auch Interessen und ein ihnen entsprechendes Bewußtsein entstehen, die auf diese oder jene Weise gegen die auf Selbstverwaltung beruhende sozialistische Entwicklung wirken. Kardelj hat auf seinem letzten öffentlichen Auftritt, in seiner Rede auf dem Elften Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens hervorgehoben, daß sich unsere sozialistische Revolution von ihren ersten Tagen an bis zum heutigen Tag zwei realen Gefahren gegenübergestellt sah beziehungsweise noch sieht: Der Gefahr der bürgerlichen Restauration und der Gefahr einer etatistisch-bürokratischen Ausartung und Deformation.

Diese Gefahren aktualisieren sich, wie unsere Erfahrung bestätigt, besonders in Situationen, wenn sich in unserer Entwicklung verschiedene Probleme, politische und wirtschaftliche, anhäufen. Sie kommen allerdings nie in reiner Form zum Ausdruck, weil sie mit Rücksicht auf den Entwicklungsstand der auf Selbstverwaltung beruhenden Beziehungen und des sozialistischen Bewußtseins der Mehrheit der Menschen in reiner Form gar nicht zum Ausdruck kommen können. Deshalb erscheinen sie partiell in der Praxis selbst, besonders durch konkrete Standpunkte zu konkreten gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Problemen.

Die neue gesellschaftliche Organisation, die wir in der Verfassung, im Gesetz über assoziierte Arbeit formuliert haben, löst allmählich und, man muß sagen, mühselig die vorherige gesellschaftliche Organisation ab, innerhalb derer die Elemente des staatlichen und des Gruppeneigentums noch viel stärker noch immer überbetont gewirkt haben. Diese für uns negativen Elemente der alten gesellschaftlichen Organisation, eigentlich ihre sozialen Vertreter und Träger, leisten allen Veränderungen Widerstand, was in solchen Situationen normal, natürlich ist.

Der Kampf sowohl mit der einen als auch der anderen Tendenz ist ebenfalls nicht leicht und die Rolle des Bundes der Kommunisten in diesem Augenblick ist ja gerade beständig ideologisch und politisch auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen entspringen.

(-/10.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

